

Politradar Wasser 46

Eawag und Wasser-Agenda 21 haben für Sie eine Auswahl von wasserpolitisch relevanten Informationen der vergangenen Monate zusammengestellt. Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir wünschen eine spannende Lektüre!

Bisherige Ausgaben des Politradars

Für Hinweise oder Rückfragen wenden Sie sich bitte an info@eawag.ch.

Initiativen

- | | |
|------------|--|
| 13.08.2025 | Der Bundesrat empfiehlt Ablehnung der «Ernährungsinitiative» - ohne Gegenvorschlag. Diese fordert neben sauberem Trinkwasser die Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion und mehr pflanzliche Lebensmittel. Der BR hält die Ziele innerhalb der angestrebten Fristen für nicht realistisch. Am 17.12. lehnt auch der NR das Begehren ohne Gegenvorschlag ab. |
| 08.10.2025 | Der Bundesrat empfiehlt Ablehnung der Volksinitiative «Ja zur tierversuchsfreien Zukunft» , ebenfalls ohne Gegenvorschlag. Die 3R-Prinzipien (Replace, Reduce, Refine) sollen aber weiterverfolgt werden, in der Praxis und in der Forschung. |

Bundesrat und Verwaltung

- | | |
|-------------|--|
| Sommer 2025 | Ökologische Sanierung der Wasserkraft: In einem Infobrief äussert sich das BAFU zum Stand der Umsetzung, zu Finanzierung und Frist. Weder die gesetzliche Frist bis 2030 noch die verfügbaren Mittel werden ausreichen, um die Ziele zu erreichen. |
|-------------|--|

- 15.08.2025 Zwei Pestizid-Wirkstoffe enthalten die Chemikalie TFA – oder sind es 26? Eine Antwort des Bundesrates sorgt für Irritation. [Siehe Beitrag SRF](#). Anfangs Oktober bringt eine [Agroscope-Studie](#) mehr Klarheit: Aus 14 in der Schweiz zugelassenen Pestizidwirkstoffen kann TFA gebildet werden. Dieses Potenzial ist, bezogen auf die gesamte Schweiz, rund halb so gross wie der TFA-Eintrag über die Atmosphäre. Bezogen auf die Agrarfläche (ohne Wiesen und Weiden) ist der potenzielle TFA-Eintrag aus Pestiziden rund sechs- bis zehnfach höher als derjenige aus dem Niederschlag.
- 18.08.2025 Untersuchungen des Programms «Nationale Beobachtung Oberflächengewässerqualität» (NAWA) aus dem Jahr 2023 zeigen: In Schweizer Bächen und kleineren Flüssen haben es Fische, Kleintiere und Pflanzen schwer. Dank Massnahmen hat sich die Situation stabilisiert – allerdings auf tiefem Niveau. [Siehe BAFU-Dossier](#).
- 20.08.2025 Der BR lehnt es ab, sektorielle Absenkpfade und Massnahmen für, bzw. gegen PFAS zu definieren, primär mit Verweis auf eine Harmonisierung mit EU-Recht; dies in seiner Antwort auf die Motion [25.3865](#) von Tiana Moser (GLP/ZH). Die gleichlautende Motion von Barbara Schaffner (GLP/ZH) im NR lehnt dieser am 9.9. ab.
- 20.08.2025 [Der BR verabschiedet die totalrevidierte Pflanzenschutzmittelverordnung \(PSMV\)](#). Sie tritt am 1.12.2025 in Kraft. Die Revision gleicht das Zulassungsverfahren weiter an das der EU an. Damit können Pflanzenschutzmittel künftig in einem vereinfachten Verfahren zugelassen werden, wenn sie bereits in einem Nachbarland bewilligt sind. Vergleiche dazu unten Stellungnahme des BR zum Bericht der WAK-N vom 22.10.2025.
- 02.09.2025 [Das BAG spart Studie zur Belastung mit PFAS weg](#). [Siehe dazu die Antwort des BR auf die Ip. 25.3875](#), Manuela Weichelt (GPS/ZG).

- 04.09.2025 Unterzeichnung von zwei Abkommen mit Frankreich zur Bewirtschaftung von Rhone und Genfersee: Die beiden Übereinkünfte ermöglichen es der Schweiz und Frankreich, bei der nachhaltigen Bewirtschaftung dieser Gewässer zusammenzuarbeiten und Ausnahmesituationen wie Hochwasser oder Trockenheit gemeinsam zu bewältigen.
- 21.10.2025 Von den 16 Projekten des Wasserkraftausbaus des Runden Tisches sind viele gefährdet - sei es, dass sie auf Widerstand stossen wie beim Gornergletscher in Zermatt, sei es, dass ihre Wirtschaftlichkeit in Frage gestellt wird. BR Rösti lässt deshalb andere Projekte prüfen, auch wenn diese am Runden Tisch verworfen worden waren. Siehe Ausblick.
- 22.10.2025 Der BR nimmt Stellung zum Bericht der WAK-N vom 18. August 2025 betreffend die Pa.Iv. 22.441 Philipp Bregy (Die Mitte/VS), «Modernen Pflanzenschutz in der Schweiz ermöglichen». Der BR unterstützt zwar inhaltlich das Bestreben der parlamentarischen Initiative, beantragt aber, nicht auf den Entwurf der WAK-N einzutreten, da dieser im Wesentlichen bereits mit der Totalrevision der PSMV, die am 1. Dezember 2025 in Kraft tritt, realisiert werde. Am 18.12. stimmt der NR der Pa.Iv. dennoch zu – das Geschäft geht nun in den SR. Entgegen der Haltung des Bundesrats will der Vorstoss eine erweiterte Übernahme von Wirkstoff-Zulassungen aus EU-Ländern (Belgien, Niederlande) und von EU-Notfallzulassungen.
- 29.10.2025 Der BR genehmigt mehrere Verordnungen in den Bereichen Chemikalien, Biotopschutz und Abfall. U.a. werden Regelungen des EU-Rechts zu PFAS und Mikroplastik übernommen, z.B. das Verbot des Stoffs Perfluorhexansäure und dessen Vorläuferverbindungen in Verwendungen wie Textilien oder Skiwachs. Ebenfalls verboten wird die Zugabe von Mikroplastik in Kosmetik und Waschmitteln (ChemRRV). Anpassungen im Biotopschutz erleichtern die Nutzung von Flächen, die an Biotope grenzen. Betroffen sind die Verordnungen über Hoch- und Flachmoore, Amphibienlaichgebiete und Trockenwiesen. In der Abfallverordnung wird die Phosphor-Rückgewinnung

präzisiert, da die gesetzten Ziele bis zum 1.1.2026 nicht erreichbar waren.

- 26.11.2025 Der BR eröffnet die beiden [Vernehmlassungen zur Revision des Gewässerschutzgesetzes und der Gewässerschutzverordnung](#) bis zum 12.3.2026. Damit soll die Qualität des Trinkwassers und der Gewässer verbessert werden. Die Anpassungen im GSchG erfüllen verschiedene parlamentarische Vorstösse. Umstritten im Paket sind vor allem der höhere Schutz von Zuströmbereichen für Grundwasserfassungen, eine flächige Steigerung der Stickstoffelimination durch ARAs ohne gleichzeitige Forderung nach Reduktion seitens Landwirtschaft sowie die Nicht-Aufnahme von ökotoxikologischen Grenzwerten für drei Pflanzenschutz-Wirkstoffe. Letztere sind zwar anerkannt problematisch für das Wasser, seien aber für die Landwirtschaft unverzichtbar, begründet der BR.
- 04.12. 2025
(27.08.2025) Das UVEK informiert über das weitere Vorgehen mit einer [Neuaufgabe des Runden Tisches Wasserkraft RTW](#), wo eine angepasste Projektliste bewertet und besprochen werden soll. Dies, weil mehrere der in grosser Eile ins Stromversorgungsgesetz aufgenommenen Projekte vom ersten RTW sich als [kaum realisierbar](#) herausgestellt haben.
- 05.12.2025 Der BR stellt seinen [Bericht zur verbesserten Wirksamkeit des Gewässerschutzprogramms in der Landwirtschaft](#) vor. Postulat [22.3875](#) aus der GPK-N. Der Bericht wird am 5.12. vom NR angenommen.
- 19.12.2025 Der BR beschliesst, einen [Aktionsplan zum Umgang mit langlebigen Chemikalien](#) (v.a. PFAS) zu erstellen. Dies u.a. auch in Erfüllung des Postulats [22.4585](#) von Tiana Moser (GLP/ZH).
- 12.01.2026 Das BLW informiert über [neue Pflanzenschutz-Strategie](#), die auch Eingang finden soll in die Agrarpolitik 2030+. Unter anderem soll verstärkt auf robuste Sorten und biologische Schädlingsbekämpfung gesetzt werden.

Parlament (NR = Nationalrat, SR = Ständerat)

- 12.08.2025 Die UREK-N unterstützt eine [Beschränkung von Produktion und Verwendung von PFAS sowie die Festlegung von Grenzwerten](#). In derselben Sitzung unterstützt die Kommission auch die Erarbeitung eines Aktionsplans Fische (Motion Vara [24.4317](#)).
- 09.09.2025 Der NR nimmt die Motion [24.4317](#) von Céline Vara (GPS/NE) an: Fische. Damit unsere Flüsse, Seen und Teiche lebendig bleiben.
- 09.09.2025 Der NR behandelt in einer ausserordentlichen Session gleich acht Vorstösse zum Themenbereich PFAS. Im Zentrum steht die Festlegung von Grenzwerten. Die grosse Kammer will, dass diese «neben dem Schutz der Bevölkerung auch die Realität der Industrie, Landwirtschaft und Wasserversorgung beachten» sollen. Weiter bejaht der NR eine Deklarationspflicht für PFAS-haltige Produkte sowie eine stärkere Förderung nachhaltiger Chemikalien. Die Motion der UREK-S [25.3421](#) wird mit Änderungen und die Motion [25.3906](#), Thomas Rechsteiner (Die Mitte/Al) als Erstrat angenommen. Gemäss Voranschlag plant der Bundesrat 2026 hierzu Grundlagenarbeiten (siehe [Band 2 UVEK, S. 84](#)). Trotz der Sondersession bleibt das Thema PFAS für die Räte virulent. Dutzende neue Geschäfte werden in der Herbst- und Wintersession neu eingereicht. Darunter: Ip. Hasan Candan (SP/LU) [25.4209](#) "Sind PFAS-Pestizide zur Anwendung in Grundwasserschutzzonen zugelassen? Ip. Felix Wettstein (GPS/SO) [25.4175](#) "PFAS in Schweizer Fischen: Was ist der aktuelle Stand der Dinge?" Ip. Delphine Klopfenstein (GPS/GE) [25.4294](#) "Inwiefern ist der Ansatz des Bundesrates im Umgang mit TFA-Mikroverunreinigungen mit dem Vorsorgeprinzip vereinbar?" Alle drei sind inzwischen vom BR beantwortet.
- 19.09.2025 Der SR behandelt erstmals das [Entlastungspaket 27](#). Unter den 57 Sparmassnahmen des Bundesrats sind solche, die den Bereich Umwelt/Gewässer betreffen (Verbundaufgaben), so die Kürzung der Mittel für

Revitalisierungen, beim Hochwasserschutz oder für Natur und Landschaft (total rund 30 Mio. CHF). Das Paket kommt in die Frühlingssession des Nationalrats.

- 24.09.2025 Der [Beschleunigungserlass \(23.051\)](#), mit diversen Änderungen im Energiegesetz, steht nach fast zweijähriger, zäher Debatte. Der SR bereinigt die letzten Differenzen und stimmt wie schon der NR dem Antrag der Einigungskonferenz zu. Das Verbandsbeschwerderecht soll für die 16 im Stromgesetz gelisteten Wasserkraftprojekte beschränkt werden auf die oberste kantonale Instanz. Eine allfällige Beurteilung durch das Bundesgericht entfällt. Zudem ist künftig unter gewissen Voraussetzungen eine monetäre Abgeltung für die Beeinträchtigung von Lebensräumen zulässig.
- 10.11.2025 Die UREK-N zieht ihre Pa.Iv. [20.434](#) zur Ökologischen Aufwertung bei der Erneuerung von Wasserkraftkonzessionen zurück. Sie wollte eine minimale Korrektur der WRG-Änderung von 2020 bewirken, wonach bei Neukonzessionen von bestehenden Wasserkraftwerken der (vorbelastete) Istzustand als Ausgangszustand gilt. Die damalige WRG-Änderung geht auf eine Pa.Iv. von Albert Rösti (SVP/BE) zurück.
- 18.12.2025 Der SR lehnt die Standesinitiative aus St. Gallen [24.323](#) ab: "Neue Bürokratie in der Landwirtschaft und im Gartenbau stoppen. Die Einführung von Digiflux muss vereinfacht werden."
- 18.12.2025 Der NR unterstützt eine [vereinfachte Zulassung von Pflanzenschutzmitteln gemäss der Pa.Iv. 22.441](#) von Philipp Bregy (Übernahme von EU-Entscheiden). Entgegen der Haltung des BR sollen nicht nur Zulassungen aus den Nachbarländern, sondern auch aus Belgien und Holland übernommen werden und auch Notfallzulassungen aus EU-Ländern sollen in der Schweiz automatisch nachvollzogen werden. Siehe dazu auch [Interview von SRF](#) vom 18.1.2026 mit BLV-Vizedirektor Michael Beer.

Gerichte

- 29.07.2025 [Aqua Viva zieht die vor dem Berner Verwaltungsgericht hängige Beschwerde gegen den Trift-Stausee zurück](#). Die Organisation hofft, damit “noch grösseren Schaden abzuwenden und die Beschränkung des Verbandsbeschwerderechts zu verhindern”. Ziel ist es, dass für die 15 weiteren im Stromgesetz aufgelisteten Wasserkraft-Projekte rechtsstaatlich korrekte Verfahren durchlaufen werden, wie sie im Vorfeld der Volksabstimmung versprochen wurden. Vgl. Beschleunigungserlass [23.051](#).
- 08.10.2025 Das Bundesgericht publiziert das [Urteil 1C_271/2024 zum Gewässerraum](#) entlang der Töss (Kanton Zürich). Im konkreten Fall wertet das Gericht das neue Bundesrecht höher als einen privaten Gestaltungsplan von 1994. Zudem wird der Kanton angehalten, den definitiven Gewässerraum auszuscheiden und nicht Bauten mit Übergangsrecht zu bewilligen, die später in den definitiven Gewässerraum zu liegen kämen, dort dann aber Bestandesschutz hätten. Siehe auch: [Artikel Aqua Viva](#).

Kantone (Auswahl)

- 16.09.2025 LU: Der Regierungsrat publiziert seine Antwort zu einem Postulat, das eine [Neubeurteilung der Phosphorfrachten](#) verlangt, die in die Mittellandseen gelangen. Die Postulantinnen und Postulanten vermuten, dass heute die Einträge aus kommunalem Abwasser höher sind als aus der Landwirtschaft. Der RR widerspricht anhand der neusten Daten zum Baldeggersee: 64% des Phosphors stamme aus der Landwirtschaft, je rund 10% aus ARA und Regenüberläufen und 16% aus der Atmosphäre. Der RR verspricht aber auch, die Untersuchung zu den Fracht-Modellen zu erneuern und v.a. der Problematik von Regentlastungen mehr Beachtung zu schenken.

Weiteres

- 02.10.2025 Drei Studien, die in Zusammenarbeit von Eawag, VSA-Plattform Wasserqualität und Oekotoxzentrum entstanden sind, beleuchten die [Pestizidbelastung von Schweizer Bächen und Flüssen](#).
- 08.12.2025 Der Kanton BE, die KWO und Umweltverbände stellen das [Resultat aus dem Grimsel-Dialog](#) vor. Es geht um Ausgleichsmassnahmen für die Vergrösserung des Grimselstausees und einen neuen Stausee im Trift-Kessel. Unter den ausgehandelten Massnahmen sind auch Rückbauten eines Wehrs in der Simme bei Spiez und von zwei Kleinkraftwerken an der Emme. Diese Massnahmen werden im nationalen Parlament bekämpft u.a. mit der Motion [25.4804](#) Thomas Knutti (SVP/BE), und in der Standortgemeinde Innertkirchen bildet sich Widerstand, weil Forderungen der Gemeinde nicht vollständig erfüllt werden.
- 07.01.2026 Die Empa hat in Zusammenarbeit mit dem BAFU und der Universität Bern untersucht, [wie Trifluoressigsäure \(TFA\) in der Atmosphäre entsteht und von dort über Niederschläge in die Gewässer gelangt](#). Fazit: Der Eintrag der Chemikalie in die Umwelt hat sich in den letzten Jahrzehnten vervielfacht – und wird auch in Zukunft weiter zunehmen.

EU / Ausland

- 07.07.2025 Nur neun Prozent der Oberflächengewässer in Deutschland befinden sich in einem guten oder besseren ökologischen Zustand. Das sagt die EU-Kommission im [vierten Bericht über die Umsetzung des EU-Umweltrechts](#). Im Fokus: die Umweltverschmutzung durch Landwirtschaft und Industrie. Erwähnt wird, dass Nitrat die grösste Belastung für das Grundwasser sei.
- 14.07.2025 Insgesamt 16 Verfahren sind beim Gericht der EU in Brüssel hängig, in denen die Pharma- und Kosmetikbranche versucht, die anfangs 2025 in der Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) verankerte

Herstellerverantwortung zu kippen. Nun fordern die (Wasser-)Versorgerverbände, einbezogen zu werden.

- 15.07.2025 Brüssel verklagt Polen wegen unzureichender Umsetzung der EU-Trinkwasserrichtlinie. Auch weitere Mitgliedstaaten setzen diese unzureichend um.
- 15.08.2025 In Genf gehen die internationalen Verhandlungen zur Bekämpfung der Plastikverschmutzung ohne Abkommen zu Ende.
- 25.08.2025 Die Deutsche Umwelthilfe beantragt einen Widerruf der Zulassung von Pestiziden, wenn sie TFA bilden können.
- 24.09.2025 Parlament und Rat der EU einigen sich auf neue Standards für PFAS in Oberflächengewässern. Im Summenwert für 25 PFAS (Medieninfo) ist nun zusätzlich zum Vorschlag von 2022 auch TFA enthalten. Die Mitgliedsländer müssen die Änderungen in den drei Richtlinien (Wasserrahmenrichtlinie, Richtlinie über Umweltqualitätsnormen und Grundwasserrichtlinie) bis Ende 2027 umsetzen. Beim Grundwasser bleibt es vorerst bei einem Parameter für die 4 schädlichsten PFAS (Detaillierter Text), die Liste mit Umweltqualitätsnormen wurde aber um mehr Arzneimittel, Industriechemikalien und nicht relevante Metaboliten von Pestiziden erweitert.
- 08.10.2025 Das deutsche Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass ein nationales Aktionsprogramm zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen erstellt werden muss.
- 22.10.2025 Der Umweltrat hat die Schlussfolgerungen zur europäischen Strategie für Wasserresilienz angenommen, die von der Europäischen Kommission im Juni vorgelegt wurde (siehe Mitteilung der Kommission). Sie zielt darauf ab, den Wasserkreislauf wiederherzustellen und zu schützen, eine nachhaltige, widerstandsfähige, wettbewerbsfähige und zirkuläre „water-smart economy“ aufzubauen und den Zugang zu sicherem und bezahlbarem Wasser zu gewährleisten.

- 08.12.2025 [Umweltverbände warnen vor Schwächung der Wasserrahmenrichtlinie](#): Der WWF fordert die EU-Kommission auf, sich nicht den „einseitigen Interessen einzelner Industrieverbände zu beugen.“
- 16.12.2025 Die EU-Kommission will das Verfahren für die Zulassung von Pestiziden vereinfachen und diese unter bestimmten Bedingungen unbefristet, also ohne Erneuerung der Risikobewertung, zulassen. Umweltverbände und Trinkwasserversorger kritisieren die Pläne. Siehe z.B. die [Stellungnahme des DVGW](#) zum “Food and Feed Omnibuspaket” der EU-Kommission.
-

Ausblick

Die Beratung des [Entlastungspakets 2027](#) geht in der Frühjahrsession in den NR.

Die zwei Vernehmlassungen zur GschV und zum GschG laufen noch bis zum 12.3.2026 (siehe oben unter BR).

Mehrere “wasserrelevante” Vorstösse sind zurzeit in Beratung in den Kommissionen, u.a. die Motion [24.4589](#) von Leo Müller (Die Mitte/LU), die eine Anpassung der Definition von “wiederholt und verbreitet” verlangt bei gewässerschädigenden Stoffen sowie diverse Vorstösse zu PFAS-Grenzwerten, einer PFAS-Deklarationspflicht und Abgeltungen für PFAS-Sanierungen.

In der Frühjahrsession soll die Motion [25.3326](#) von Sophie Michaud (GPS/VD) behandelt werden, die eine verschärfte Informationspflicht der Wasserversorger verlangt. Der BR unterstützt das Begehren.

Im Frühjahr soll das [Restwasser-Postulat](#) aus der Umweltkommission des NR beantwortet werden und dann in die parlamentarische Beratung kommen. Zum Restwasser und den ehehaften Wasserrechten ist auch noch die Motion [23.3498](#) pendent.

Das BFE bereitet einen zweiten “Runden Tisch Wasserkraft” vor. Beteiligt sein sollen Kantone, Energiekonzerne, die Verwaltung und nationale Umweltverbände. Siehe auch oben, “Bundesrat und Verwaltung”, 21.10.

Aus der Antwort auf eine Anfrage in der Fragestunde im NR vom 10.12. geht hervor, dass der BR für 2026 plant, die Bestimmung zu präzisieren, wann zusätzliche Ausgleichsmassnahmen zum Schutz der Biodiversität und der Landschaft gemäss Art. 9a Abs. 3 Stromversorgungsgesetz auch mit einer Ersatzzahlung geleistet werden können.

Obwohl der BR im Bereich Pflanzenschutz und PFAS wiederholt auf kommende Regelungen seitens der EU verweist, sistiert er aufgrund der laufenden Diskussionen im Parlament die Übernahme von EU-PFAS-Grenzwerten im Trinkwasser. Diese war für Januar 2026 geplant (siehe [SRF-Artikel](#) vom 12.12.2025).

Auf EU-Ebene ist eine Überarbeitung der WRRL im zweiten Quartal 2026 geplant. Vorgesehen sind u.a. unbefristete Zulassungen für Pestizide und Erleichterungen für den Bergbau, was von Umweltseite kritisiert wird (z.B. [WWF](#)).



Eawag

Überlandstrasse 133 | CH-8600 Dübendorf

Tel. +41 58 765 51 04 | andri.bryner@eawag.ch



Wasser-Agenda 21

Forum Chriesbach | Überlandstrasse 133 | CH-8600 Dübendorf

Tel. +41 58 765 67 80 | yvonne.zollinger@wa21.ch

